

Für eine menschenwürdige Asylpolitik

Antragsteller\*in: Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)  
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung/Formalia  
Status: Antrag mit Klärungsbedarf

## Antragstext

- 1 In den letzten Wochen und Monaten haben sich die Debatten rund um die Themen
- 2 Migration und
- 3 Asyl in Deutschland und Europa stark verschärft: Teile der deutschen
- 4 Parteienlandschaft
- 5 fordern immer härtere Maßnahmen gegen Geflüchtete. Dabei sind die meisten
- 6 Forderungen
- 7 realitätsfern, wirkungslos und purer Populismus.
- 8 Es muss klar gesagt werden: Das Recht auf Asyl gehört zu den universellen
- 9 Menschenrechten,
- 10 und einige der aufkommenden Forderungen würden diese klar verletzen. Wer am
- 11 Recht auf Asyl
- 12 rüttelt, höhlt das Fundament unserer Demokratie aus, missachtet eine der wichtigsten
- 13 Lehren
- 14 aus dem Zweiten Weltkrieg und spielt rechten Kräften in die Hände. Einer solchen
- 15 Diskursverschärfung treten wir entschieden entgegen und erwarten dies von allen
- 16 hauptamtlichen Grünen Politiker\*innen. Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert den
- 17 Bundesvorstand, die Mitglieder der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN
- 18 sowie die
- 19 Grünen Minister\*innen auf, zu Grünen Grundwerten und unseren Verbündeten in der
- 20 Zivilgesellschaft zu stehen und sich in der Asyldebatte rechten und
- 21 menschenverachtenden
- 22 Positionen entgegenzustellen.
- 23 Leider bleibt es in der deutschen und europäischen Debatte nicht bei bloßen
- 24 populistischen
- 25 Forderungen. Auch in konkreten Gesetzesvorhaben ist der europäische Rechtsruck zu
- erkennen.
- Das prominenteste Beispiel ist dabei der neue Reformvorschlag für das "Gemeinsame
- Europäische Asylsystem" (kurz: GEAS), welcher eine enorme Asylrechtsverschärfung
- bedeuten
- und in Teilen das Recht auf Asyl in Europa faktisch abschaffen würde. Die Zustimmung
- der
- Grünen Minister\*innen zu diesem Gesetzespaket war ein Fehler und ist mit Grünen
- Grundwerten
- unvereinbar.
- Spätestens die Zustimmung zur sogenannten "Krisen-Verordnung", welche Teil des
- GEAS-
- Gesetzespakets ist und es Staaten an den EU-Außengrenzen im Zweifelsfall
- ermöglicht, alle
- nach Europa Flüchtenden an der Grenze über Wochen hinweg zu inhaftieren,
- widerspricht
- außerdem dem Koalitionsvertrag der Ampelregierung.

- 26 Wir Grüne dürfen diesen menschenrechts- und demokratieschädigenden Kurs nicht  
weiter  
27 mittragen. Deshalb setzt die Bundesdelegiertenkonferenz folgende **rote Linien** für  
Grüne  
28 Migrationspolitik:
- 29 • Die deutsche Zustimmung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (kurz:  
30 GEAS) muss  
zurückgenommen werden, wenn in den Verhandlungen keine klaren  
31 Verbesserungen  
erreichbar sind oder gar weitere Abschwächungen von Menschenrechtsstandards  
32 hinzukommen.
  - 33 • Eine Ausweitung des Status "sicheres Herkunftsland" auf weitere Staaten ist mit  
34 Grüner  
Beteiligung undenkbar.
  - 35 • Eine Auslagerung der europäischen Migrationspolitik in Drittstaaten,  
beispielsweise  
36 nach dem Vorbild des britischen Abkommens mit Ruanda, darf es mit deutscher  
37 Beteiligung nicht geben.
  - 38 • Bundespolitische Haushaltskürzungen bei Migrationsberatung, Integrationskursen  
und  
39 psychosozialer Beratung für Geflüchtete müssen gestoppt werden.
- 40 Von der Bundesregierung erwarten wir eine **konstruktive Migrationspolitik**. Dazu  
gehört in  
41 unseren Augen:  
42 ...auf bundespolitischer Ebene:
- 43 • Es braucht langfristige und verlässliche Vereinbarungen. Kommunen, die  
44 Geflüchtete  
aufgenommen haben, werden deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung  
gestellt. In  
45 Anlehnung an die 2015 vom Bund an die Länder ausgezahlten Pauschalen sollten  
dies mit  
46 Rücksicht auf inflationsbedingte Mehrausgaben mindestens 1000 Euro monatlich  
pro  
47 aufgenommenen Person sein. Außerdem wird die Vorhaltung von  
Aufnahmekapazitäten in  
48 Kommunen über eine Vorhaltepauschale ermöglicht.
  - 49 • Geflüchtete erhalten ab dem ersten Tag in Deutschland das Recht, einer  
Erwerbsarbeit  
50 nachzugehen. Dies ermöglicht ihnen, ein neues Leben aufzubauen und entlastet  
Staat und  
51 Kommunen. Der "Spurwechsel" (also die Möglichkeit, aufgrund einer Anstellung

einen

52 Aufenthaltstitel zu erhalten) wird weiter vereinfacht.

53 • Alle Geflüchteten durchlaufen sofort einen „Rechtskreiswechsel“ (das heißt:  
54 Absicherung nach dem Sozialgesetzbuch statt nach dem  
55 Asylbewerber\*innenleistungsgesetz). Dies hat im letzten Jahr im Fall der  
56 Geflüchteten

57 aus der Ukraine die Kommunen stark entlastet. Die sozialrechtliche  
58 Gleichstellung und  
59 der freie Zugang zum Gesundheitssystem entlasten auch die Sozial- und  
60 Ausländerbehörden und senken die Kosten für Kommunen.

61 • Analog zu den Regelungen, die für ukrainische Geflüchtete gelten, erhalten auch  
62 Menschen aus anderen Herkunftsstaaten die Möglichkeit, ihren Unterkunftsort in  
63 Deutschland frei zu wählen. Auch das entlastet die Kommunen ebenso wie die  
64 Geflüchteten, da es ihnen ermöglicht, bei Verwandten unterzukommen. Für  
65 diejenigen,  
66 die keine Unterkunft selbst organisieren können, ist eine dezentrale  
67 Unterbringung zu  
68 bevorzugen. Das Konzept der sogenannte AnKER-Zentren muss, wie im  
69 Koalitionsvertrag  
70 beschlossen, abgeschafft werden.

71 • Die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettung durch den Bund wird  
72 ausgeweitet.  
73 Diese Mittel werden, wie im Haushaltsausschuss des Bundestags 2022  
74 beschlossen, durch  
75 die Organisation "United4Rescue" an die NGOs verteilt.

69 ... auf europäischer Ebene:

70 • Wir fordern die Ausarbeitung eines fairen und menschenwürdigen europäischen  
71 Asylsystems, in dem die Menschenrechte klar gewahrt werden, Sicherheit und  
72 Schutz  
73 sowie echte Chancen für Geflüchtete geschaffen und Geflüchtete verbindlich  
74 solidarisch  
75 auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden.

76 • Wir fordern ein staatliches Seenotrettungsprogramm entlang der Fluchtrouten im  
77 Mittelmeer, mit der eindeutigen Aufgabe, Menschen aus Seenot zu retten, um  
78 weitere  
79 Tote zu vermeiden.

77 Sollten die gesetzten roten Linien und eine konstruktive Migrationspolitik, welche sich  
78 an  
79 diesen Forderungen orientiert und Menschenrechte achtet, in dieser  
80 Regierungskoalition nicht  
81 umsetzbar sein, fordert die Bundesdelegiertenkonferenz die Mitglieder der  
82 Bundestagsfraktion  
83 von Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie die Grünen Minister\*innen auf, die Ampelkoalition  
84 zu  
85 verlassen.

- 82 Grüne Politik darf nicht Rechtsextremen und Populist\*innen folgen, sondern muss mutig und  
83 klar für Grüne Werte und für Menschenrechte eintreten.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **weitere Antragsteller\*innen**

Phil Piro (KV Regensburg-Stadt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt); Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Daniel Wedekind (KV Regensburg-Stadt); Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt); Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt); Umut Sahverdi (KV Nürnberg-Stadt); Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt); Christina Fichtner (KV Regensburg-Stadt); Daniela Stelzer (KV München); Nicolas Muje (KV Regensburg-Stadt); Gorden Isler (KV Hamburg-Nord); Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt); Lucia Babac (KV Regensburg-Stadt); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Martin Borkamm (KV Regensburg-Stadt); Nikola Heidi Diem (KV Regensburg-Stadt); sowie 128 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.